

Malsfeld steht vor schwerer Entscheidung

Welches Klärsystem kommt in Frage? 1.2.82

Malsfeld (gmu). Die Gemeindevereiter von Malsfeld sind nicht zu beneiden. Einerseits soll und muß die Abwasserfrage mittels einer Kläranlage gelöst werden; andererseits kostet ein solches Unterfangen eine Menge Geld. Und gerade dies wird den Kommunalpolitikern noch einiges Kopfzerbrechen bereiten, zumal Malsfeld finanziell nicht unbedingt auf Rosen gebettet ist. Eines scheint indes bereits sicher zu sein: Malsfeld wird kein herkömmliches Klärwerk auf der grünen Wiese bauen mit viel Beton und noch mehr Technik.

Denn es gibt ja mittlerweile andere Konzeptionen, wie jetzt ein Vertreter des mit der Planung beauftragten Ingenieurbüros vor den Gemeindevereitern erläuterte, wozu dann auch Mitarbeiter des Wasserwirtschaftsamtes einig zu sagen wußten.

Da gibt es nämlich eine sogenannte Belebtschlammanlage, eine Art Kompaktanlage, die unter anderem einen „Schönungsteich“ enthält und die Klärschlamm liefert, der sich bestens für die Landwirtschaft eignet. Freilich wird man auch hierbei nicht ohne kostenintensiven Beton und ebensolche Technik auskommen, wenngleich sich zu herkömmlichen Verfahren schon ein erheblicher Unterschied ergibt.

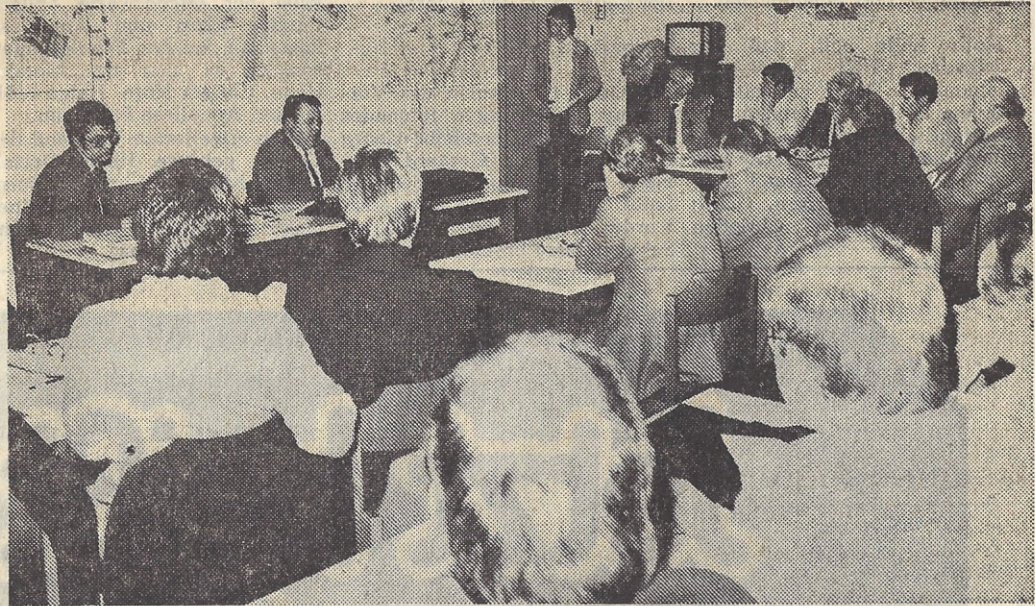
Alternative Nummer 2 wäre die sogenannte Erdbauweise, die sich letztlich in der Landschaft

mehr oder weniger wie Fischteiche ausnehmen würde. Ein solches System arbeitet u. a. mit Lüfterketten, die auf den „Teichen“ schwimmen, wie ja überhaupt die Hauptaufgabe darin besteht, Sauerstoff zu bekommen, ohne den nun einmal nichts geht.

Die Gesamtkosten bezifferte der Planer für eine Kompaktanlage auf 5,24 Millionen, für die Erdbauweise auf 4,38 Millionen Mark. Entsprechend der Unterschied bei den jährlichen Betriebskosten: 175 000 gegenüber 105 000 Mark

Beide Anlagen wären ohne weiteres auf dem vorgesehenen Gelände unmittelbar an der Fulda bei Malsfeld möglich. Doch es gibt noch eine dritte Alternative: die Wurzelraumentorgung, die bereits im Harz arbeitet. Aber für dieses System, das tatsächlich fast nur „natürlich“ auf die Abwässer wirkt, müßte ein anderer Standort her, weil es Schwierigkeiten mit dem Untergrund und der Dichtung gäbe. Insgesamt würde dies also, so machte der Ingenieur deutlich, teurer als etwa die Erdbauweise werden.

Die Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes wiesen zusätzlich darauf hin, daß es hinsichtlich der Wurzelraumentorgung bislang nur Erfahrungen aus Niedersachsen gebe. Zwar seien in Hessen „Pilotprojekte“ ins Auge gefaßt, doch auch in Nieder-



Verschiedene Klärsysteme ließen sich die Malsfelder Gemeindevereiter erläutern (Foto), wobei auch Aussagen über Kosten getroffen wurden. Das Parlament muß sich nun entscheiden.

sachsen beständen gesetzliche Beschränkungen. Freilich könne das Wasserwirtschaftsamts sagen, „daß wir niemals etwas gegen den Willen der Gemeinde unternehmen wollen“.

Am 8. Februar bereits, so war zu hören, sollen die Malsfelder eine Entscheidung darüber fällen, welches System in Frage kommt, das einerseits voll wirksam, andererseits so kostengünstig wie nur möglich zu sein hat.

Eines indes hat das Parlament schon einstimmig beschlossen: entgegen dem Sonderplan „Abwasserbehandlung Nordhessen“ zum regionalen Raumordnungsplan sollen die Malsfelder Ortsteile Sipperhausen, Mosheim und Ostheim nicht an das Klärwerk in Felsberg bzw. eine noch zu bauende Kläranlage beim

Felsberger Stadtteil Helmshausen angeschlossen werden.

Nach Gemeindevorstand, Bauausschuß sowie Haupt- und Finanzausschuß waren sich die Gemeindevereiter in ihrer jüngsten Sitzung einig über eine „Resolution“, wonach besagte Ortsteile an die künftige Kläranlage in Malsfeld angeschlossen werden.

Nicht zuletzt Fritz-Heinz Krause (SPD) und Bodo Schacht (CDU) stellten zudem die Frage, was denn Malsfeld eigentlich dafür könne, daß Felsberg mit seiner Kläranlage „ein paar Nummern zu hoch gegriffen hat“ (Schacht), was freilich vor allem am Wegfall der Molkerei in Gensungen liegt, wie die Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes

klarstellten.

Dennoch: Malsfeld baue in jedem Falle ein Klärwerk, das viel kostet, und dann müsse zusätzlich noch teures Geld dafür aufgebracht werden, daß Sipperhausen, Mosheim und Ostheim ihre Abwässer nach Felsberg leiteten. Davor müsse gewarnt werden, meinte auch Krause, der sich mit Schacht darin einig sah, daß einerseits Großgemeinden geschaffen worden seien, um wirtschaftlicher zu arbeiten, nun aber auf dem Abwassersektor diese wieder auseinandergerissen werden sollten, so daß im Endeffekt von der immer wieder geforderten Gleichbehandlung nicht die Rede sein könne. Das Beispiel der unterschiedlichen Wasserpreise mache dies deutlich.